



20. 02. 2009

Die SPD handelt in der Krise– die Union blockiert und streitet

Thema	Die SPD handelt...	...die Union blockiert und streitet
Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise		
Konjunkturpaket	Während Frank-Walter Steinmeier die Vorschläge zu einem Konjunkturpaket II als Reaktion auf die Wirtschaftskrise formulierte...	<p>...brach in der Union erst einmal ein ideologischer Streit über die Frage nach Steuersenkungen aus, und zwar über solche, die nach Meinung der Experten wenig für die Konjunktur bringen.</p> <p>Generalsekretär Pofalla: „Ich glaube, dass die beiden Maßnahmenpaket greifen werden, deshalb die Rezession nicht von so langer Dauer sein wird und wir deshalb früher Spielräume wieder haben werden, um Steuern zu senken.“ (ZDF Berlin-direkt, 1.2.09)</p> <p>Angela Merkel: „Zweitens werden wir für die nächste Legislaturperiode eine Steuerstrukturreform uns erarbeiten, die wird natürlich im Blick auch auf die Haushaltslage auszuarbeiten sein. Aber es ist vollkommen klar, die kalte Progression muss bekämpft werden. Und wir brauchen wieder ein lineareres Steuersystem, was gerechter ist und was unter dem Strich auch niedriger ist.“ (ZDF, 15.2.09).</p>
Rettungsschirm Finanzmarkt	Während SPD-Finanzminister Peer Steinbrück die Pläne für die Rettungsübernahme der in der Finanzkrise ins Taumeln geratene HRE präsentierte...	<p>... führte der Wirtschaftsflügel in der Union zunächst einen ideologischen Kampf gegen die Pläne Steinbrücks. Die Bundeskanzlerin empfing zur selben Zeit, als der SPD-Finanzminister die Banken-Verstaatlichung verteidigte, ein paar Dutzend Karnevalisten (Frankfurter Rundschau, 19.2.2009).</p> <p>„Jede Lösung ist besser als eine sofortige</p>

		<p>Enteignung. Ludwig Erhard würde sich im Grabe umdrehen. Ich bin zuversichtlich, dass wir bei der HRE zu einer schnellen, plausiblen Entscheidung kommen. Alternative Modelle werden derzeit von meinem Haus geprüft“ (<i>Karl-Theodor zu Guttenberg, BILD, 16.2.09</i>).</p> <p>„Enteignung wäre Verrat am Profil der Union“ (<i>Kurt Lauk, Präsident Wirtschaftsrat Union, Pressemitteilung 17.2.09</i>).</p>
<p>Steueroasen</p>	<p>Während Peer Steinbrück einen Vorschlag unterbreitete, um Steueroasen auszutrocknen...</p>	<p>... kamen mit der Vorlage des BMF Gesetzentwurfs zur Bekämpfung schädlicher Steuerpraktiken die wahren Positionen der Union zutage.</p> <p>Ex-Wirtschaftsminister Glos lehnte es ab, härter gegen Staaten vorzugehen, die sich in Steuerfragen aus deutscher Sicht unkooperativ verhalten (<i>FAZ, 24.01.2009</i>).</p> <p>Otto Bernhardt, finanzpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Das ist ein Rückfall ins 19. Jahrhundert. Das macht die Union keinesfalls mit. Das Gesetz hat keine Chance“ (<i>Berliner Zeitung, 20.01.2009</i>).</p>
<p>Manager-Gehälter</p>	<p>Nach den Exzessen der Vergangenheit will die SPD die Managementgehälter begrenzen.</p>	<p>Die Union sperrt sich gegen die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Vorstandsvergütungen sowie auf die Verpflichtung des Unternehmens auf das Wohl der Allgemeinheit.</p> <p><i>Noch im April 2008 hatte Peter Ramsauer bezüglich der Begrenzung der Managergehälter gesagt: Die SPD-Pläne bedeuteten eine staatliche Lohnpolitik und seien ein Schritt zurück in die Denkweise der DDR. Unternehmen sollten Gehälter selbst regeln: „Der Staat ist hier völlig fehl am Platz.“ (Reuters 28.4.2008).</i></p>
Arbeit		
<p>Mindestlohn für Zeitarbeit</p>	<p>Nachdem SPD-Arbeitsminister Olaf Scholz CDU/CSU dazu gebracht hatte, Mindestlöhne in sechs weiteren Branchen über das Entsendegesetz zu akzeptieren, hat die SPD im Koalitionsausschuss auch für die Leiharbeit eine gesetzliche Lohnuntergrenze mit CDU/CSU vereinbart. Und das gegen heftigen Widerstand von Teilen der Union. Diese Lohnuntergrenze würde Sicherheit für 700.000 Leiharbeiter bieten. In der Folge haben sich Arbeits- und</p>	<p>Die Union hält sich nicht an Verabredungen. Die CDU-Fraktion blockiert die Umsetzung des Mindestlohns in der Zeitarbeitsbranche. Die Kanzlerin laviert rum und steht vor einem Wortbruch. Die Union will nun auf einmal die Löhne eines Billig-Tarifvertrages mit Einstiegslohnen von 6 Euro im Osten und 6,59 Euro im Westen zur Grundlage machen. Dieser Tarifvertrag ist zwischen dem Arbeitgeberverband BVD und einer christlichen Gewerkschaften abgeschlossen worden. Er gilt jedoch lediglich für ca. <u>0,7 Prozent</u> der</p>

	<p>Wirtschaftsministerium über die Details geeinigt. Es sollte die Lohnhöhe der bestehenden Flächentarifverträge ohne Absenkungsmöglichkeit zu Grunde gelegt werden. Also etwa 7,35 Euro im Westen (Tagesspiegel, 4.2.09). .</p>	<p>Zeitarbeiter – ganze 4.000. Zum Vergleich: Die Tarifverträge des DGB mit zwei Arbeitgeberverbänden gelten für fast 400.000 Beschäftigte.</p> <p>„Wenn wir da einknicken, betreiben wir ein Druckbeatmungsprogramm für die FDP“ (<i>Vorsitzende des CDU/CSU-Parlamentskreises Mittelstand, Michael Fuchs, Der Tagesspiegel, 4.2.09</i>).</p>
<p>Jobcenter (SGB II)</p>	<p>SPD-Arbeitsminister Scholz hat sich im Auftrag aller Ministerpräsidenten und der Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers (CDU) und Kurt Beck (SPD) auf eine neue Struktur für die Arbeitsvermittlung für Langzeitarbeitslose geeinigt. Damit soll das Urteil des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt werden, das die bisherige Zusammenarbeit der Gemeinden mit der Arbeitsagentur in den Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) für verfassungswidrig erklärt hat.</p>	<p>Völlig überraschend blockiert nun die Führung der Bundestagsfraktion der Union das Vorhaben, das Grundgesetz zu ändern und die Arbeitsgemeinschaften in Zentren für Arbeit und Grundsicherung umzuwandeln.</p> <p>Die Arbeits- und Sozialminister der Länder hatten sich bereits im vergangenen Jahr für eine Grundgesetzänderung ausgesprochen. Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) warnte eindringlich vor Verzögerungen. „Auch mit Blick auf die Wirtschaftskrise und die steigende Zahl an Arbeitslosen müssen wir umgehend zu einer tragfähigen Lösung kommen“ (<i>Christine Haderthauer, Handelsblatt, 19.2.09</i>).</p>
<p>Kinderarmut und sozialer Aufstieg</p>		
<p>Kinderbonus im Rahmen der Konjunkturpaket II:</p>	<p>Die SPD wollte 200 Euro für alle Kindergeldbezieher durchsetzen, wobei die Summe nicht auf das Arbeitslosengeld II oder die Sozialhilfe angerechnet wird.</p>	<p>Die Union lehnte den Vorschlag zunächst ab und akzeptierte schließlich nur einen Kinderbonus von 100 Euro.</p>
<p>Schulbedarfspaket</p>	<p>Die SPD hat ein Schulbedarfspaket in Höhe von 100 Euro jährlich für alle Kinder von Eltern, die Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe erhalten bis einschließlich 13. Jahrgangsstufe für die Anschaffung von Schultaschen, Mal- und Schreibutensilien vorgeschlagen. Gerade diese Kinder und Jugendlichen brauchen finanzielle Unterstützung, um auch den Weg zum Abitur zu ermöglichen.</p>	<p>CDU und CSU lehnten dies monatelang ab. Erst im Koalitionsausschuss am 5. Oktober 2008 konnte die SPD das Schulbedarfspaket durchsetzen. CDU und CSU bestanden jedoch darauf, das Schulbedarfspaket nur bis zur 10. Klasse zu zahlen. Die Union hätte die Zahlung bis zur 13. Jahrgangsstufe nur akzeptiert, wenn die steuerliche Absetzbarkeit der Arbeitgeberleistungen für Kinderbetreuung auf Kinder bis 14 Jahre ausgeweitet würde – was vor allem Besserverdienenden zugute kommt.</p> <p>Jetzt, vier Monate später, verhandeln die Koalitions-Frakturen wieder darüber, dem ursprünglichen SPD-Vorschlag zu folgen. Allerdings will die CDU dafür nach wie vor eine Gegenleistung an anderer Stelle.</p>

<p>Erhöhung der Regelsätze für 6- bis 13-jährige Kinder von ALG II Empfängern</p>	<p>Frank-Walter Steinmeier hat in seinem Plan für das Konjunkturpaket II den Vorschlag von SPD-Arbeitsminister Olaf Scholz aufgenommen, für 6- bis 13-jährige Kinder eine zusätzliche Altersstufe beim Arbeitslosengeld II und der Sozialhilfe einzuführen und ihnen statt 211 € künftig 246 € zu zahlen, also 35 € pro Monat mehr. Die SPD hat das im Koalitionsausschuss durchgesetzt. Diese Erhöhung war nicht willkürlich, sondern orientiert sich am Bedarf, der durch eine Sonderauswertung der Einkommens- und Verbraucherstichprobe 2003 (EVS 2003, aktuellere Daten liegen nicht vor) errechnet wurde.</p>	<p>Nachdem sie zuvor zum Vorschlag der SPD geschwiegen und Olaf Scholz bei seinen Forderungen nicht unterstützt hat, schwang sich Ursula von der Leyen nach der Vereinbarung im Koalitionsausschuss und Kabinett auf einmal zur Fürsorgerin für Kinder auf: „Es muss genau festgelegt werden, was ein Kind braucht. (...) Deshalb ist der Arbeitsminister in der Pflicht, in Euro und Cent darzulegen, was ein Kind in welchem Alter braucht. Wichtig dabei ist, dass das Lohnabstandsgebot beachtet wird. Eltern, die erwerbstätig sind, müssen am Ende mehr im Portemonnaie haben, als wenn sie Hartz IV beziehen.“ (Ursula von der Leyen, Rheinische Post, 31.1.09)</p> <p>Dabei hatte sie die Regelung für die 6-13 Jährigen am 26.1. im Kabinett selbst mitbeschlossen. Gipfel der Heuchelei: das Familienministerium hatte zuvor die Befassung des Berichts über die Anpassung der Regelsätze im Kabinett verhindert und erklärt, es gebe keine Notwendigkeit, jetzt etwas zu tun. Am 8. Januar noch hatte ihr Ministerium erklärt:</p> <p>„(...) besteht zum jetzigen Zeitpunkt keine Notwendigkeit das Kabinett mit einer Neuordnung der Kinderregelsätze zu befassen. (...) BMFSFJ [hält] weiterhin an dem gefassten Grundssatz fest, eine umfassende, systematisch analytische Betrachtung nach Vorliegen der Ergebnisse der EVS 2008 vorzunehmen“ (Erklärung BMFSFJ Ressortabstimmung 8.1.2009).</p>
<p>Umweltschutz</p>		
<p>Umweltgesetzbuch</p>	<p>Im Koalitionsvertrag hatte sich die Große Koalition vorgenommen, in einem Umweltgesetzbuch (UGB) das „Schutzniveau für Gesundheit und Umwelt mit möglichst unbürokratischen und kostengünstigen Regelungen zu erreichen und so die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken“.</p>	<p>CDU/CSU ließen das UGB scheitern und sind damit verantwortlich für einen Bruch des Koalitionsvertrags. Der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer blockierte – trotz der Kritik von Umweltexperten, der Umwelt-Landesminister der CDU und auch des Nationalen Normenkontrollrats.</p> <p>Angela Merkel ließ Seehofer gewähren, obwohl sie selbst 2007 festgehalten hatte: „Wir sind sehr dankbar, dass die Föderalismusreform I – vermeintlich zumindest; ich will nicht ausschließen, dass es trotzdem noch Schwierigkeiten gibt – die Voraussetzung für ein Umweltgesetzbuch geschaffen hat. <u>Nun sollten wir alles daransetzen</u>, mit dem Umweltgesetzbuch auch Verwaltungsvereinfachung,</p>

		Bürokratieabbau und einheitliche Bewertungsverfahren durchzusetzen“ (Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Rede anlässlich des Festaktes „20 Jahre Umweltministerium Baden-Württemberg“, 11.7.07).
--	--	---